

# POLIS DAS UNABHÄNGIGE UND ÜBER- PARTEILICHE MAGAZIN FÜR BAD REICHENHALL UND UMGEBUNG

nicht umsonst - 2. Jahrgang - 22/01-2004

## Deutschland in der Beratungsfalle

Beratung, Unternehmensberatung, Politikberatung ... kaum ein anderes Thema ist in den vergangenen Wochen so hochgekocht worden. Der Chef der Nürnberger Bundesanstalt in Sachen Arbeitsmarkt, Florian Gerster (SPD), war der Auslöser. Seine eigenmächtigen und umfänglichen Aufträge an die Berater-Zunft erschüttern inzwischen die ganze Republik. Die Bundesregierung wankt einmal mehr, die Bevölkerung zürnt und die Medien lassen nicht mehr ab.

Deutschlands Regierungen und Verwaltungen stehen vor einem Scherbenhaufen. Dem Zwang nach Rationalisierung und Effizienzsteigerung ist die öffentliche Hand nicht mehr gewachsen - und flieht in die Arme ganzer Heerscharen von Beratern. Tendenz und Umsatzvolumen stark steigend, zum Wohle der Honorare, zum Schaden der Steuerzahler. Deutsche Städte und Gemeinden, Bund und Länder beschäftigen einen gewaltigen bürokratischen Wasserkopf, einschliesslich der Politikerklasse. Der kostet astronomische Summen, ist aber nicht in der Lage, seine Amtsaufgaben zu machen. Politik und Verwaltung funktionieren immer schlechter, obwohl immer mehr dafür ausgegeben wird.

1,4 Milliarden (nach aktuellem Stand) Steuergelder für mehr oder weniger sinnlose Beratungen sind womöglich einer der "Tropfen", die das öffentliche Faß bald zum Überlaufen bringen.

25.972,40 Euro für eine Umfrage der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung im Berchtesgadener Land gehören wahrscheinlich noch nicht einmal zum Beratungs-Komplex. Auftraggeber und Landrat Georg Grabner lässt sich aber trotzdem "beraten". Der Hausherr im Landratsamt seit Frühjahr 2002 weiss nicht recht, wo die Stärken und Schwächen seiner Behörde liegen und die Sicht der Bürgerinnen und Bürger ist ihm scheinbar nach einigen Landtags-Jahren auf seinem neuen Beamten-Sessel ganz verloren gegangen. Am Ende der Telefon-Aktion will der Landrat neue Erkenntnisse ob seiner Untertanen haben - derweil die Kreis-Kasse um schlappe umgerechnete 50.000 DM leichter geworden ist.

Die Fragen zum Schluss: Gab es eine Ausschreibung? Hat Georg Grabner allein entschieden? Und wenn das alles "rechters" gewesen ist, wofür wird ein Florian Gerster oder ein Landrat eigentlich bezahlt...

## Aus für Ruperti-TV!

Ein schnelles, unfaires Ende sollte Ruperti-TV bereitet werden, so scheint es zumindest. Und dies nun leider mit Erfolg. Aufgrund eines Urteils des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) hat Ruperti-TV am 19. Januar zum 2. Mal den Sendebetrieb eingestellt. Aufgrund finanzieller Probleme hatte die Muttergesellschaft Chiemgau TV Insolvenz angemeldet und die Tochter Ruperti-TV in diese mitgenommen. Das Insolvenzverfahren lief bereits, als die BLM (Bayerische Landeszentrale für Neue Medien) in einer Handstreichaktion wenige Tage vor Weihnachten die Neuordnung des Regionalfernsehens Oberbayern und damit den Entzug der Sendelizenz von Ruperti-TV beschloss.

Ein Insolvenzverfahren hat in erster Linie die Aufgabe, die wirtschaftliche Tragfähigkeit einer momentan nicht mehr zahlungsfähigen Firma zu prüfen. Außerdem werden Wege gesucht, wie durch z.B. Umstrukturierungen der Betrieb der Firma weitergeführt werden kann. Wenn jedoch während dieses Verfahrens und Bemühens einem Sender die Lizenz entzogen wird, läuft das Insolvenzverfahren ins Leere.

Dagegen hatte Ruperti-TV eine Einstweilige Verfügung beantragt und auch erhalten. Ruperti-TV durfte erst einmal weitersenden. Doch die nächste Instanz, der Bayerische Verwaltungsgerichtshof, war anderer Meinung.

Die Einstweilige Verfügung wurde aufgehoben, Ruperti-TV musste den Sendebetrieb wieder einstellen, was das endgültige Ende des Senders bedeutet. Einen Schutz der Interessen des Senders und seines Bestehens bis zu einer Entscheidung in der Hauptverhandlung der anhängigen Klage von Ruperti-TV gegen den Entzug der Lizenz hielt der VGH nicht für notwendig. Es sei die finanzielle Zukunft und damit das Weiterbestehen des Regionalsenders zweifelhaft, so die Begründung. Dies zu entscheiden und positiv zu beeinflussen wäre Aufgabe des laufenden Insolvenzverfahrens gewesen, in das durch den Lizenzentzug in nicht vertretbarer Weise eingegriffen wurde. So konnte Ruperti-TV trotz der positiven Resonanz keine Lösung für das Fortbestehen suchen und finden.

Hier noch die (zu)späte Stellungnahme von Landrat Georg Grabner:

*"Ruperti-TV macht nach meiner Überzeugung eine sehr informative und aktuelle Berichterstattung über das Geschehen im Landkreis BGL.*

*Ich habe mich deshalb auch bei der Landeszentrale für Neue Medien für eine weitere Sendelizenz von Ruperti-TV eingesetzt. Die Menschen in der Region interessiert das Geschehen innerhalb der Euregio Salzburg-BGL-Traunstein und weniger das in Rosenheim. Wenn die Lösung mit Rosenheim zum Tragen käme, wäre eine Berichterstattung aus dem Euregio-Gebiet unvergleichbar weniger und das Programm nicht mehr entsprechend regionalbezogen. Außerdem sähe ich Probleme bei der Gewinnung von Werbepartnern."*

### POLIS - Auslegestellen:

**Aral-Tankstelle Tippelt,**

Lofererstraße 28-29 (Umgehungsstr.)

**Zoo Puffer**

Salinenstraße 8 (ehem. Ufo)

**Copy & Computer Schmidt**

Waaggasse 4, hinter dem Alten Rathaus

**Schuhhaus Otto Walter**

Poststraße 6

**Brotzeit Eck**

Gewerkenstraße 2

**NO LIMIT**

Anton Winkler Str. 18

**Schinko Edeka-Markt**

Rosenstr. 2a, Kirchberg

**Mikado**

Aegidipassage

**Zum Hiasz**

Rosengasse 10

**Wurlitzer**

Turnergasse 10

**Näh- und Flickstube R. Sigl**

Rosengasse 18

**Bahnhofsbuchhandlung**

Bahnhofplatz 1

**Fischzucht Alpenland**

Karlstein an der Ampel

**Purzelbaum**

Luitpoldstr. 1

**Stempel Hausmeier**

Getreidegasse 6

**Zum Pfaffei**

Gruttensteingasse

**Juwelier Heinrich**

Ludwigstr. 29

**Gaststätte Heimgarten**

Am Eingang 10

**Bierstall**

Ludwigstr. 20

**Landhaus Hafner**

Nonn 34

**Murschhauser**

Salinenstraße 4

**Restaurant Schießstätte**

Loferer Str. 16

**FUCHSBAU**

Innsbruckerstr. 19

**Poststuben**

Poststr. 2

**Videopalast**

Reichenbachstr. 9

und in Bayerisch Gmain:

**Foto Ahl**

Berchtesgadener Straße 34

und jetzt neu:

Alle Filialen der Bäckerei

**F. X. NEUMEIER**

Poststr. 20

Tiroler Straße 15

Ludwigstraße 22

Spitalgasse 4

(auch Sonntag 7-10 Uhr)

Berchtesgadener Str. 53, Bayerisch Gmain

(auch Sonntag 7-10 Uhr)

**Teilen dieser Ausgabe  
liegt ein Prospekt der  
Firma Baymed bei. Wir  
bitten um wohlwollende  
Beachtung.**

# Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

heute ist sie wieder ein wenig kleiner, die POLIS. Wöchentliche Erscheinungsweise und der damit verbundene Zeit- und Kostendruck lassen umfangreiche Ausgaben nicht immer zu. POLIS machen war und ist für ALLE Beteiligten nach wie vor Ehrenamt - keine Bezahlung, keine Bestechung, keine Abhängigkeiten. Dabei könnten wir mittlerweile auch wöchentlich und leicht viele, viele Seiten füllen - Themen- und Problemstau in Bad Reichenhall und Umgebung machen's möglich. Die immer deutlicher sich abzeichnende Strukturkrise auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland verlangt Transparenz und Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen. Dazu braucht es Meinungsvielfalt und öffentliche Foren, überall. Auch lokal und regional und deshalb wird POLIS der Stoff, mangels wirklicher Konkurrenz, nicht so schnell ausgehen.

Und ab und zu bewegt sich was, in Bad Reichenhall und Umgebung. Kürzlich erhielten wir von Frau Grieger aus Bad Reichenhall einen entsetzten Leserbrief (POLIS 19) ob der für einen einstigen Weltkurort unsäglichen Zustände in der Damentoilette des Hauptbahnhofs. Frau Grieger wandte sich an POLIS, weil sie nirgendwo anders Gehör fand an jenem 2. Januar 2004 - und heute begrüßt Bad Reichenhall seine weiblichen und bahreisenden Gäste nicht nur mit einem tadelos gepflegten WC. Bei Anregungen und Beschwerden weiss die holde Weiblichkeit jetzt auch die richtige Telefonnummer zu wählen, schön eingerahmt prangt selbige auffällig im Vorraum.

Aber es gibt noch mehr Freudiges zu berichten: Schloss Gruttenstein ist ein richtiges "Thema", Bürgerinnen und Bürger machen sich viele Gedanken zu Denkmal und Geld (POLIS 21). Die Tintenpatronen-Sammelaktion "Vision 2004" geht auch ohne das Philharmonische Orchester bzw. seinen eigenartigen Vorstand weiter. Der 140-Euro-Scheck an die Bergwacht war der Anfang, andere wichtige und soziale Institutionen werden folgen. Bürgerengagement statt Lamentieren.

Auch in die lokale Politik kommt Bewegung. Die CSU diskutiert ernsthaft über ihren OB-Kandidaten und Landrat Grabner antwortet nach langem Schweigen. Hoffentlich gute Aussichten für den Rest von 2004.

Robert Schromm

## Impressum:

Unser Ziel ist nicht Recht zu behalten, sondern Bad Reichenhall und Umgebung in Bewegung zu setzen.

## POLIS

Magazin für Bad Reichenhall und Umgebung  
Copy & Computer Schmidt  
Waaggasse 4, 83435 Bad Reichenhall  
Telefon: 0162 / 613 49 85  
polis@computerschmidt.de

www.nachtblatt.de

Verantwortlicher Redakteur:

Bernhard Schmidt

Redaktion:

Bernhard Schmidt, Robert Schromm

Anzeigen: Bernhard Schmidt

Druck: Copy & Computer Schmidt

Auflage: 2.500

# FAX-Interview vom 08.12.03: Landrat Georg Grabner

## 1. Wie hoch ist der Landkreis BGL verschuldet? Wie hoch ist die Pro-Kopf-Verschuldung?

Die Verschuldung, die Pro-Kopf-Verschuldung und den Vergleich mit dem Landesdurchschnitt können Sie der beiliegenden Kopie aus dem Bericht zum Kreishaushalt 2003 entnehmen.

## 2. Wie stellt sich die Verschuldung des BGL im Vergleich mit den anderen bayerischen Landkreisen dar?

## 3. Was hat der "Tag der offenen Tür" die Steuerzahler gekostet?

Der "Tag der offenen Tür" hat 2.200 Euro gekostet.

## 4. Was kostet die Befragung der Bürgerinnen und Bürger durch die GfK?

Ziel der Bürgerbefragung ist, Stärken und Schwachstellen des Landratsamtes aus der Sicht der Bürger festzustellen, um das Landratsamt in seiner Dienstleistungsfunktion weiterentwickeln zu können. Weit über 10 Landkreise in Bayern haben im Rahmen einer Verwaltungsreform bereits

ebenfalls durch die GfK eine Bürgerbefragung durchführen lassen. Die Bürgerbefragung durch die GfK über 10 Sachgebiete im Landratsamt Berchtesgadener Land umfasst rund 2.600 telefonische Kontakte mit mindestens 650 Telefoninterviews mit einer durchschnittlichen Interviewdauer von 16,5 Minuten. Die Kosten hierfür betragen 25.972,40 Euro incl. gesetzlicher Mehrwertsteuer. In diesen Gesamtkosten enthalten sind:

- Erstellung eines Fragebogens
- Entwurf einer Mitarbeiterbroschüre
- Vorstellung des Projekts im Landratsamt und Abstimmung des Fragebogens
- Telefoninterviews
- Ergebnisauswertung und Erstellung eines Gesamtberichts
- Benchmarking mit den an der Pilotstudie 1999/2000 teilnehmenden Landratsämtern
- Vorbereitung und Durchführung der Ergebnispräsentation im Landratsamt
- Vorstellung der Ergebnisse für die Öffentlichkeit.

Die Schulden des Landkreises (ohne Verschuldung der Krankenhäuser) haben sich in den dem Haushaltsjahr vorangehenden Haushaltsjahren wie folgt entwickelt:

Haushaltsjahr	Verschuldung jeweils zum 31.12.		Landesdurchschnitt
	EUR	EUR/Einw.	
1996	23.554.110	238,05	179
1997	26.158.329	264,09	186
1998	28.879.939	292,21	194
1999	29.289.359	296,53	203
2000	30.804.231	310,27	207
2001	31.946.818	319,95	209
2002	30.812.147	306,20	noch nicht bekannt

aus dem Bericht zum Kreishaushalt 2003

## Der Kommentar

Konsumforschung macht zum Beispiel Sinn, wenn eine Firma ein neues Produkt auf den Markt bringen möchte. Bevor man viel Geld in die Entwicklung steckt, beauftragt man ein Institut wie die "Gesellschaft für Konsumforschung" damit, zu forschen ob und von wem eine Nachfrage zu erwarten ist. Dazu werden repräsentativ Menschen befragt - per Telefon.

Macht so eine Befragung auch Sinn beim Landratsamt? Bei einer Behörde, deren Aufgaben präzise definiert und der "Kundenkreis" fest steht? Tagtäglich betreten Bürgerinnen und Bürger das Landratsamt, um den Verpflichtungen der Bürokratie nachzukommen. Autos an-, ab- oder ummelden, Führerscheine beantragen, Sozialhilfe, Gesundheit etc. sind die Themen. Warum befragt der Herr Landrat nicht einfach seine "Kunden", die ja im Landratsamt ein- und ausgehen? Warum wird für über 25.000 Euro eine Umfrage in Auftrag gegeben, um Dinge zu erfahren, die man besser im Foyer des Landratsamts in Erfahrung bringen könnte. Wenn Bürgerinnen und Bürger irgendwo zwischen Zufriedenheit, Ärger und Zorn das Landratsamt verlassen. Noch unter dem Eindruck des gerade Erlebten und mit dem Namen des Beamten,

über den man sich gerade geärgert oder gefreut hat, im Gepäck.

Statt dessen versucht ein Mitarbeiter der GfK aus dem fernen Nürnberg einen Bürger im BGL telefonisch zu erreichen, der vielleicht gerade in der langen Schlange der Zulassungsstelle im Landratsamt wartet. Der sich vielleicht wenig später über den Beamten am Schalter ärgert und sich in diesem Moment schwört, das nächste Mal einen Zulassungsservice zu beauftragen, weil er weder Zeit noch Nerven hat, sich dieser Prozedur zu unterziehen (so geschehen bei einem POLIS-Leser).

Die Befragung scheint also dazu zu dienen, die wirklichen Probleme gerade nicht zu erhellen, sich stattdessen in teure, neue Kleider zu hüllen. Dass andere Landratsämter (was oder besser wieviel ist "weit mehr als 10"??) auch von diesen Schneidern neue Kleider gekauft haben, ist kein Argument. Und wenn ein "Tag der offenen Tür" wirklich nur 2.200 Euro kostet, dann sollte das Landratsamt lieber jeden Monat einen solchen Tag veranstalten als 25.000 Euro mit einer Befragung verbubeln. Doch ist zu befürchten, dass auch bei den Kosten für die "offene Tür" das sprichwörtliche Milchmädchen die Rechnung gemacht und die umfangreiche Arbeit für die Vorbereitung schlicht vergessen hat.

Bernhard Schmidt

# Nachgeschaut ... **Ergebnis der Stadtratssitzung vom 13.01.2004**

Der Stadtrat beschloss einstimmig, dem "Verein UNESCO-Biosphärenreservat Berchtesgaden" beizutreten. Der Vereinszweck besteht unter anderem im Schutz, der Entwicklung und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, einer nachhaltigen und umweltgerechten Entwicklung sowie der Wahrung der regionalen Identität. ... *Das war's!*

## Leserbriefe:

*stadt.info* lesen macht zornig, unter anderem auch der Artikel "Abwassergebühren steigen", auf Seite 7, Absatz 3.

Solch eine banale Begründung für die Erhöhung der Grundgebühr um 21,95 % auf 2,50 Euro und der Abwassergebühr um 24,18 % auf 1,90 Euro habe ich noch nicht gelesen. Da kommt der Gedanke an Selbstbedienung der Stadt auf, die dem Bürger gnadenlos in die Tasche greift.

Wie können Sie (*die stadt.info, Anm. der Red.*) vorschlagen, dass man mit kleinen Fußwegen das Geld beim Benzin einsparen soll, wo Sie doch wissen, dass die Ökosteu-

### zum Artikel *Bauwerke in Bad Reichenhall, POLIS Nr. 21*

Sie fragen, was aus Schloss Gruttenstein werden soll. Das ist eigentlich ganz einfach: Entweder hat man selber Ideen oder man man kopiert, was andere machen. So war beispielsweise die Idee der Brüder Aldi so ausgezeichnet, dass auch die Lidl-Kette noch bestens davon leben kann.

Man braucht sich also nur umzuschauen, wie andere ihre Burgen und Schlösser zu Publikumsmagneten umfunktionieren.

die bald alle Tankstellenbesitzer und Pächter in den Ruin treibt, zum Teil für die Finanzierung der Renten dringend gebraucht wird? Etwas mehr an Gewerbesteuer würde da schon eher helfen.

Vorschlag: Denken Sie einmal darüber nach, ob die Stadtverwaltung vielleicht die *stadt.info* samt der Redaktion einstellen könnte. Vielleicht rechnen Sie schon mal aus, wie viel Liter Benzin davon gekauft und dem Fuhrpark der Stadt kostenlos zukommen würden. Die Veröffentlichung der wichtigsten Artikel könnte kostensparender in der Tageszeitung erfolgen. Hier würde der Redakteur gleich Gelegenheit haben umfangreich zu recherchieren und klarzustellen.

*Wolfgang Goebel, Bad Reichenhall*

Hier zwei Beispiele:

Als ich auf der Rosenburg bei Riedenburg war, hatte man dort allein schon das Publikum von 42 Bussen zu bewältigen zuzüglich der vielen, die mit dem PKW angereist waren. Man sieht: ein florierendes Unternehmen, wie es auch Bad Reichenhall gut brauchen könnte.

Ähnlich ging es zu, als ich Landskron bei Villach besichtigte. Auch hier sind ideenreiche Menschen am Werke, die etwas geschafften haben, was eine einmalige Fremden-

## Abwassergebühren steigen

Rund 2,2 Millionen Euro hat die Stadt Bad Reichenhall innerhalb der letzten drei Jahre für die Kläranlage und das Kanalnetz ausgegeben. Mit dem Neubau zweier Regenüberlaufbecken stehen aber neue große Investitionen an. Zudem müssen zur Beseitigung im Kanalnetz festgestellter Schäden, für Ersatzteile sowie für die gestiegenen Unterhaltskosten erheblich höhere Mittel bereitgestellt werden.

Eine Erhöhung der Abwassergebühren wird somit zum 1. Januar 2004 unvermeidlich: Die Grundgebühr für einen normalen Haushalt steigt von 2,05 € pro Monat auf 2,50 €, die Abwassergebühr erhöht sich von 1,53 € pro Kubikmeter auf 1,90 €.

Was bedeutet das schließlich für einen Vierpersonenhaushalt: Mehrkosten von ca. 5,- € im Monat. Das sind nicht einmal drei Liter Benzin, die sich mit kleinen Fußwegen gut einsparen lassen! Und das sollte uns unsere Umwelt schon wert sein.

*aus: stadt.info Nr. 3 / 2003*

verkehrsattraktion geworden ist und gleichzeitig die gesamte Region aufwertet.

Das sind nur zwei Beispiele von vielen. Es würde sich in jeder Hinsicht lohnen, sich dort oder anderswo einmal zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

*Hanspeter Pöll, Bad Reichenhall*

## Eine Beschwerde, zwei PS und ein ganzer Verwaltungsapparat

Offene Bürgeraugen und Bürgersinne sind wichtige Dinge, wenn es um das Gemeinwohl geht. Viele schlimme Sachen, die von den öffentlichen Ordnungshütern unbemerkt bleiben würden, kommen so ans Tageslicht. Zwischen Nachbarn funktionieren diese Sinne, dafür ist die Bundesrepublik Deutschland international bekannt, manchmal übergut. Verwaltungsrechtliche, juristische und sonstige Schlammschlachten sind die Folge. Um Schlamm geht es jetzt auch in Bad Reichenhall, Ortsteil Karlstein. Hintergrund: Seit 1901 gibt es hier eine Fischzucht. Idyllisch gelegen, erfreut dieser kleine Gewerbebetrieb und sein weitgehend naturbelassenes Gelände eigentlich jeden: Spaziergänger und Gäste, Pflanzen und Tiere. Regionale und traditionelle Wirtschaftsweise und aktiver Landschaftsschutz bilden eine Einheit - seit 103 Jahren.

Beim Ortstermin am 23. Januar mit Vertretern des Traunsteiner Wasserwirtschaftsamtes und des Landratsamtes ging es dann um ordentlich Schlamm. Eine Nachbarin hatte die neuen Pächter angeschwärzt. Seit Oktober 2003 ist der beschauliche Wirtschaftsbetrieb unter Obhut der drei Männer von der "Fischzucht Alpenland", die ihr Stammgeschäft ebenfalls in Karlstein betreiben. Nach 23 Jahren gab's im vergangenen Herbst einen Pächterwechsel, viel Instandhaltungsarbeiten und, wie es sich bei einer Fischzucht nicht vermeiden lässt, einen regelmässigen Austausch des Fischwassers. Schlammiges Beckenwasser in Verbindung mit dem kri-

stallklaren Naß aus dem Quellenbach führt zu Verunreinigungen und das eben erboste die besagte Nachbarin. Angst um ihre **zwei** Pferde, die sich am manchmal trüben Bach Schaden zufügen könnten, trieb die Dame an.

Offene Ohren fand sie im Verwaltungsapparat, der den neuen Fischzüchtern auf dem alten Gelände überraschende Erkenntnisse unterbreitete: "Schwebstoffe" in diesem Ausmass kollidieren mit allgemeinen Umwelt-Gesetzestexten und schon stehen die Verantwortlichen mit jeweils einem Bein im Gefängnis. "Straftat" heisst heute, was seit über hundert Jahren kein Problem war und auch sonstwo in den Weiten der Republik gängige Praxis unter Fischzüchtern ist. Dabei war die "Fischzucht Alpenland", seit Jahren einer regionalen und nachhaltigen Wirtschaftsweise verbunden, die letzte Rettung. Grundbesitzer Steinbacher berichtete von einer ergebnislosen bundesweiten Ausschreibung - unrentabel lautete der einhellige Tenor der weit angereisten Interessenten damals über den Betrieb, der ohne weitere Bewirtschaftung dem sicheren Verfall preisgegeben wäre.

Schulterzuckend stand auch die dreiköpfige höherrangige Beamenschaft da - beim Ortstermin auf dem Areal. Der gesunde Menschenverstand und die engagierten Erläuterungen von Eigentümer und Züchtern zeigten den Aberwitz der Situation klar auf. Was man den kleinen Landwirtschafts-



*Die Drei von der Fischzucht, von links: Jens Tschampke, Sepp Aicher, Konrad Höllthaler*

Unternehmern gern erlauben würde, bestraft das Gesetz. Gesetzeswerk aus anonymen Verwaltungs- und Regierungskolossen: was den illegalen "Ölwechsel" in deutschen Gewässern leider nicht wirklich verhindert und gleichzeitig das Leben aus dem herrlichen Bach verunmöglicht. Sepp Aicher, Konrad Höllthaler und Jens Tschampke haben einen Betrieb gerettet, viel Natur auf dem Areal erhalten und wollten demnächst sogar Lehrstellen schaffen - inmitten der grössten Wirtschafts- und Strukturkrise der Nachkriegszeit. Dieses Werk könnte bedroht sein - verrückte Gesetze und pferdeverrückte Nachbarinnen geben sich die Hand...